

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich dreimal u. zwar Dienst-
tags, Donnerstag und Sonnabends.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf.,
durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf.
Einzelne Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags, Mittwochs und
Freitags bis spätestens Mittags
12 Uhr angenommen.
Insertionspreis 10 Pf. pro dreizeh-
nspaltene Corpusspalt.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Form. v. H. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion S. A. Berger daselbst.

No. 52.

Donnerstag, den 2. Mai

1895.

Bekanntmachung.

Bei der heute in Plauen bei Dresden erfolgten Ermittlung des Ergebnisses der am 25. dieses Monats im VI. Königlich Sächsischen Wahlkreise vorgenommenen Ersatzwahl zum Reichstage hat sich herausgestellt, daß in diesem Wahlkreise

Herr Landtagsabgeordneter **Georg Horn** in Löbtau mit 18512 Stimmen von 32630 abgegebenen gültigen Stimmen zum Abgeordneten für den deutschen Reichstag gewählt worden ist, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.
Dresden, am 29. April 1895.

Der Königl. Commissar für die Ersatzwahl zum Reichstage im VI. Sächsischen Wahlkreise.
Lossow, Regierungsassessor.

Auktion.

Montag, den 6. Mai 1895, Vorm. 10 Uhr kommt in dem Gute Cat.-No. 15 zu Mohorn 1 Rennschlitten, circa 100 Str. Kartoffeln und circa 800 Str. Gebund- und Schüttstroh, in kleineren Posten zur Versteigerung.

Der Gerichtsvollzieher beim Königl. Amtsgericht Charandt.
Amtsgerichtswachtmeister Krocke.

Tagesgeschichte.

Wenn man in den Osterferien geglaubt hatte, daß sich bald nach Wiederaufnahme der Beratungen des Reichstages die politische Lage wenigstens insoweit klären würde, daß das Schicksal der großen dem Parlamente vorliegenden Gesetzentwürfe erkenntlich wäre, so hat man sich geirrt. Gegenwärtig ist die politische Lage in dieser Beziehung genau so dunkel wie früher. Was aus der sogenannten Umsturzvorlage werden wird, weiß gegenwärtig niemand. Auch dem jetzt vorliegenden Bericht der Kommission, welche sich mit der Vorberatung des Entwurfs beschäftigt hat, wird über die endgültige Stellung der verschiedenen Parteien keine Aufklärung zu entnehmen sein. Und selbst wenn dies der Fall wäre, würde man immer noch nicht wissen, wie sich schließlich die Regierung zu den abgeänderten Bestimmungen stellen würde. Die Aussichten der dem Reichstage vorliegenden Finanzentwürfe haben sich nicht gebessert. Der Abschluß, welchen die Reichskasse sowohl bezüglich der den Einzelstaaten auszuweisenden Ueberweisungen, als auch der in die Kasse verbleibenden Einnahmen für das Jahr 1894/95 erzielt hat, ist nicht als unterstützendes Argument für die Tabakfabriksteuer ins Feld zu führen. Was schließlich die kommunale Weinsteuer betrifft, so machen sich gegen dieselbe bereits wieder, abgesehen von der Opposition aus den Interessentkreisen, partikularistische Tendenzen bemerkbar, die schwer zu überwinden sein werden. Wenn es aber ein Gebiet gegeben hätte, auf welchem man positive Ergebnisse ganz bestimmt in Aussicht zu nehmen sich berechtigt geglaubt hat, so wäre es dasjenige der agrarpolitischen Vorlagen gewesen. Die Durchführung der Branntwein- und Zuckersteuerreform hätte man doch als ziemlich gewiß erachten sollen. Aber auch hier beginnen sich Zweifel zu regen, wenigstens soweit die Verabschiedung der Branntweinsteuernormelle in Betracht kommt. Von anderen großen Vorlagen, wie von der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz u., von der Gewerbeordnungsnovelle und anderen nimmt man an, daß sie entweder in der gegenwärtigen Lage überhaupt nicht oder doch nur in gewissen Abschnitten zustande kommen werden. Kurz, in dem Gesicht, welches den im Reichstage stehenden Vorlagen bevorsteht, spiegelt sich die ganze gegenwärtige innerpolitische Lage wieder.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „Die Getreidepreise sind für die Lage der deutschen Landwirtschaft so wichtig, sie spielen auch in allen Erörterungen über diese eine so bedeutende Rolle, daß es nachgerade an der Zeit ist, auf das Steigen dieser Preise hinzuweisen. Am 2. Januar d. J. war der nächste Terminpreis — für eine Vergleichung eignet sich dieser besser, als dieser Vorpreis, weil bei dem letzteren die Qualitätsverschiedenheiten sehr in Betracht kommen — für Weizen 140, für Roggen 115, nachdem dieser vorher sogar bis 110 gefallen war. Seit einer Reihe von Wochen haben sich diese Preise langsam, aber trotz mehrfacher Rückschläge stetig gehoben, und am 27. d. M. war an der Berliner Börse der nächste Terminpreis für Weizen am Schluß 151,50, für Roggen 133,25. Das sind immer noch niedrige Preise, aber falls die Steigerung bis zur nächsten Ernte etwa nochmals so viel betrüge, wie vom 2. Januar bis zum 27. d. M., so wäre der Bedrängniß der Landwirtschaft ihre Schärfe genommen, ohne daß seitens der Verbraucher über zu hohe Preise zu klagen wäre. Der Grund der bisherigen Steigerung liegt in der Verminderung der Vorräte und in der Wirkung der Witterungsverhältnisse des letzten Winters auf den Saatenstand. Niemand kann vorhersehen wie die Preise sich in den nächsten Monaten gestalten werden; die jüngste Entwicklung derselben ist aber jedenfalls beachtenswerth.“
Zur Umsturzvorlage bringt die „Konservative Korrespondenz“ folgende parteiöffentliche Erklärung: Das Programm der deutschkonservativen Partei lautet im Punkt 14: „Diejenigen Anhänger der Sozialdemokratie und des Anarchismus, deren vaterlandlose und auf den Umsturz gerichtete Bestrebungen weite Kreise unseres Volkes gefährden, sind als Feinde der

staatliche Ordnung zu bekämpfen.“ Es kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß unter diese zu bekämpfenden Elemente in erster Linie die berufsmäßigen Führer und Agitatoren der Sozialdemokratie zu rechnen sind. Fordert also die Regierung zu einem solchen im Interesse des Gemeinwohles gebotenen Kampfe die notwendigen Waffen, so wird die konservative Partei diese Forderung gewähren. Punkt 15 unseres Programmes lautet: „Einer gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt, ist nachdrücklich entgegenzutreten.“ Endlich schließt das Programm mit den folgenden Worten: „Hochhaltung von Christentum, Monarchie und Vaterland, Schutz und Förderung jeder rechtlichen Arbeit, Wahrung berechtigter Autorität, das sind die obersten Grundsätze, welche die deutsche konservative Partei auf ihre Fahne geschrieben hat.“ Diese beiden Programmpunkte sind, ebenso wenig wie alle übrigen, dadurch zu erfüllen, daß man platonische Erklärungen abgibt; man muß vielmehr in diesem Sinne auch zu Taten bereit sein. Das Geben- und Gewährenlassen ist nicht konservative Art. Im Sinne der oben erwähnten Programmpunkte hat die konservative Reichstagsfraktion zur Umsturzvorlage Stellung genommen.

Der „Sozialdemokrat“ schreibt in seiner letzten Nummer: „Der Kleinbetrieb ist dem Untergange geweiht, selbst wenn man ihm das Recht einräumen könnte, seine Arbeitskräfte 24 Stunden täglich zu beschäftigen; warum also den Todeskampf einer absterbenden Gesellschaftsform unnötig dadurch verlängern, daß man der Arbeiterklasse, die gar kein Interesse an der Erhaltung des Kleinbetriebes hat, unnütze Opfer auferlegt. Wenn die kleinen Unternehmer, die Handwerker und Bauern, ihre Anstrengungen auf äußerste treiben und durch eine tägliche 14-, 16- und 18-stündige Thätigkeit ihr Scheinseins weiter fristen wollen, dann gut, sie arbeiten ja für ihre Tasche; aber die Arbeiter hindere man durch eine gesetzliche Festsetzung daran, daß sie um nichts und wieder nichts auch ihre Haut bei diesem Kampfe zu Markte tragen.“ Durch diese Sätze soll der Widerstand, den auch die Kleingewerbetreibenden einem gesetzlichen Maximalarbeitsstage von acht Stunden entgegensetzen, gedrohen werden. Dadurch können die Sozialdemokraten aber nur das Gegenteil erreichen, mit größter Kraft wird gerade der Mittelstand gegen die Achtstundebewegung sich stemmen. Es ist auch ganz verkehrt, den Arbeiterstand als im Gegensatz zu dem Kleingewerbe befindlich darzustellen. Das Handwerk, das Kleingewerbe überhaupt giebt in normalem Zustande die Leiter ab, auf der die Arbeiter zu selbstständigen Gewerbetreibenden emporkommen können. Die Sozialdemokratie aber will unselbständige Arbeiter, ihr Ideal ist das „ungelehrte“ Arbeiterproletariat, dem sie ihren Willen aufzwingen, daß sie in Herden treiben will, wohin sie mag. An der Erhaltung des Mittelstandes hat also auch die Arbeiterklasse ein hohes Interesse.“

Epinal, 29. April. Der Minister des Innern traf heute früh hier ein und begab sich alsbald nach den von dem Dammbruch betroffenen Ortschaften, um als erste Unterstützung 30 000 Franken zu erteilen. Ueberall ereigneten sich erschütternde Szenen. Die Einwohner durchsuchen, unterstützt von den Truppen, den Schlamm nach etwaigen Leichen. Unter dem Trauergeräusche der Kirchenglocken fanden heute bereits zahlreiche Beerdigungen statt. Der Minister ließ sich von den Ingenieuren Aufklärungen über die mutmaßlichen Ursachen der Katastrophe geben. Dieselbe ist nach der Ansicht der Ingenieure in der strengen Kälte des letzten Winters zu suchen. Heute Mittag reiste der Minister nach Paris zurück. — Paris, 29. April. Augenzeugen berichten, es sei schwer zu sagen, was erschütternder wirkte: der Schmerz um die Toten oder der Jammer der Verödung des beimgelassenen Theales über ihren vollständigen Ruin. Die fruchtbarste Thalsohle ist auf Jahre hinaus durch Versandung verunreinigt. Es ist jetzt strömender Regen eingetreten, und dieser erschwert die Arbeiten. Es wurden mehrere hundert Häuser in sechs verschiedenen Ortschaften fortgerissen.

Einen Begriff von der ungeheueren Gewalt des Wassers giebt auch der Umstand, daß der 150 Meter lange, 20 Meter hohe, unten 20, in seiner Mittellinie 10 Meter dicke, fest cementirte Steindamm, nur in wenige Riesenstücke zerbrochen, bis 500 Meter weit von den Wassermassen fortgerissen wurde, bevor er zu Boden fiel.

Die Entwicklung der industriellen Thätigkeit Japans ist während des letzten Jahrzehnts eine ganz außerordentliche gewesen und hat sich auf mehr als einem Gebiete der erstaunlich niedrigen Arbeitslöhne jener Europas und Indiens nicht allein ebenbürtig, sondern sogar überlegen gezeigt. Ein Vergleich von Preisen, zu denen heute schon japanische und englische Artikel in Singapore verkauft werden, zeigt deutlich die Gefahr, die der europäischen Industrie von Japan sicher droht. Diese Gefahren sind sehr groß; sie erhöhen sich, sobald Japan von den Folgen des Krieges erkrankt ist, sowie die eroberte chinesische Flotte neu in Stand gesetzt hat und sich gegenüber einer ingegenseitiger Mißgunst zerfallenen europäischen Politik als den alleinigen Beherrscher Ostasiens aufspielen kann. Eine dauernde Beherrschung chinesischen Festlandes durch Japan würde stetigen Anlaß zu ernstern Beunruhigungen in Ostasien bieten und auch Deutschland zum Schutze seiner Interessen die Verpflichtung auferlegen, eine größere maritime Macht im fernem Osten zu unterhalten. Wenn man den eventuellen Schaden für den deutschen Handel in Japan in Betracht zieht, der bereits oben näher gewürdigt worden ist, so dürfen doch die für Deutschland viel bedeutsameren Beziehungen zu China, dem die derzeitige Intervention der einzige Rettunganker ist und dessen Dankbarkeit nicht außer Acht gelassen werden. Japan hat die Erfahrungen Europas in reichstem Maße zu seinem eigenen Vortheile ausgenutzt. Es hat dies stets gethan, ohne Europa einen Antheil an dem sich ergebenden Gewinn zukommen zu lassen. Es hat die europäische Intelligenz benützt, die Beherrschung europäischen Kapitals aber abgelehnt. Japan hat China gedemüthigt. Jetzt hat es nur den einzigen Wunsch und das einzige Interesse, daß China, statt kommerziell, finanziell und politisch in Abhängigkeit von den fremden Mächten zu geraten, sich allein ihm anschließen und gemeinsam mit ihm das Prinzip „Ostasien für die Ostasien“ vertreten. Von den europäischen Mächten ist Rußland bei der Regelung der Frage noch interessiert. Es steht außer Zweifel, daß Rußland mit Frankreich auch ohne Deutschland seine Interessen in demselben Sinne wie jetzt vertreten hätte. Es ist auch nicht zweifelhaft, daß ein erster Konflikt zwischen Japan und Rußland zu Gunsten des letzteren ausfallen würde und daß Rußland dann der alleinige Herr im Osten wäre. Zur Beurtheilung der Aktion der Mächte ist übrigens nochmals die amtlich verbürgte Thatsache hervorzuheben, daß Deutschland Japan schon am 6. März in freundschaftlicher und eindringlicher Weise von der Stipulierung einer Abtretung von Liaotung abgemahnt hat und in loyalster Weise eine Intervention im gegenseitigen Falle in Aussicht stellte. Deutschland hat sich streng gehalten, während des Krieges einzugreifen, um Japan nicht die wohlverdienten Rechte des Siegers streitig zu machen. Aber sobald nationale oder persönliche Eifersüchteleien bei den Europäern in Ostasien entstanden, hat die ostatische Diplomatie stets den Sieg davon getragen. Nur im Zusammenschluß der Mächte liegt Ostasien gegenüber noch die einzige Möglichkeit, die kommerziellen, industriellen und politischen Interessen Europas zu wahren. Am Mißverständnisse zu beugen, sei konstatiert, daß der langjährige deutsche Gesandte in China, Excellenz v. Brandt, den die Regierung zur Zeit in das auswärtige Amt einberufen hat, auf die Entscheidung der Regierung vollaus billigt und gemäß seiner reichen Erfahrung als den einzig möglichen und für Deutschland ersprießlichen hält. v. Brandt war selbst 14 Jahre in Japan, kennt Land und Leute aufs genaueste und hat dort zahlreiche persönliche Freunde und Bekannte. Als er seiner Zeit abberufen wurde, nahm die japanische Regierung Anlaß, um sein Ver-